

# Zu Lage und Strategie unserer Partei

Von Heinz Bierbaum und Ulrike Eifler

Trotz aller Bemühungen schafft es DIE LINKE nicht, eigene Schwerpunkte in der gegenwärtigen Krisensituation zu setzen. Es fehlt an einer überzeugenden Strategie. Die sinkenden Umfragewerte und auch das trotz eines außerordentlich engagierten Wahlkampfes schlechte Wahlergebnis bei den Kommunalwahlen in NRW sind dafür nur der offensichtlichste Ausdruck. Dies zwingt dazu, die Debatte um eine strategische Neubestimmung unserer Partei zu intensivieren. Und in der Tat gibt es ja auch zahlreiche Beiträge für eine solche Debatte. Verwiesen sei insbesondere auf die Strategiekonferenz in Kassel im Februar dieses Jahres. Dort kam es zu einer sehr breiten und engagierten Diskussion, doch die Bestimmung einer die Partei einigenden Strategie blieb offen.

Nun sind eine ganze Reihe weiterer Beiträge erschienen, unter anderem die Publikationen von Katja Kipping, Jan Korte und Bernd Riexinger mit sehr unterschiedlichen Schwerpunkten. Und jüngst haben sich auch die WASG-Gründer Klaus Ernst und Thomas Händel zu Wort gemeldet.

Doch eine wirkliche Debatte findet in der Partei kaum statt. So blieb der strategische Aufschlag des „erweiterten Reformer\*innenkreises“ zur Regierungsbeteiligung, abgesehen von einer Stellungnahme der *BAG Betrieb & Gewerkschaft*, in der Partei unbeantwortet. Stattdessen findet die politische Auseinandersetzung über Aufrufe statt, die vorwiegend im *SPIEGEL* erscheinen. Wenn aber die Strategiediskussion mehr sein soll als ein Bekenntnis in der Öffentlichkeit, dann gehört sie in die Parteigremien und nicht in die Medien. Dies ist schon deshalb dringend nötig, weil die ersichtlichen strategischen Ansätze ganz unterschiedlich sind. Während die einen auf ein rot-rot-grünes Regierungsbündnis orientieren, stellen andere die Stärkung der LINKEN in den Vordergrund und/oder fordern, sich wieder auf den Markenkern der LINKEN zu besinnen. Zugleich riskiert die *BAG Grundeinkommen* mit ihrer rücksichtslosen Orientierung auf einen Mitgliederentscheid eine irreparable Spaltung der Partei.

Die Strategiediskussion muss mit der notwendigen politischen Ernsthaftigkeit, mit der gebotenen analytischen Schärfe und mit der alten linken Leidenschaft der Arbeiterbewegung die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Blick nehmen, politische Kräfteverhältnisse realistisch einschätzen und der LINKEN eine progressive Rolle darin zuweisen. Das vorliegende Papier soll als Beitrag zu dieser Diskussion verstanden werden.

## Sichtbarkeit einer multiplen Krise

Die aktuelle gesellschaftliche Krisensituation macht in verschärfter Form sichtbar, was bereits vor der Corona-Pandemie an Problemen bestanden hatte: Die Strukturkrise der Automobilindustrie zeichnete sich schon etwas länger ab. Die Arbeits- und Lebensbedingungen von Kulturschaffenden waren immer prekär. Die Angst vor Arbeitslosigkeit besteht seit der Einführung von Hartz IV. Die Entfremdung von den politischen Institutionen ist ein längerer Prozess, der vor allem auf die Enttäuschung der Agenda-Politik zurückgeführt werden muss. Und dass rechte Diskurse in politisch verzerrter Form die öffentliche Debatte bestimmen, ist seit Gründung der AfD zu beobachten. Die durch die Corona-Pandemie geschaffene Krisensituation ist also nicht neu, sondern die Zuspitzung einer multiplen Krise, die sich seit einiger Zeit in gesellschaftlichen Umbrüchen wie Klimawandel, Strukturkrisen, Digitalisierung, einer Verfestigung prekärer Arbeit, einer tiefen Krise des traditionellen Parteiensystems und nicht zuletzt der Durchsetzung autoritärer Politik ausdrückt.

Ebenso wenig neu ist leider auch die ideologische Leerstelle der Linken, die sich spätestens seit 1989 in der Schwierigkeit ausdrückt, eine sozialistische Vision als gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus zu beschreiben. Diese Schwäche rächt sich ganz besonders in der aktuellen Krisensituation, in der sich die Gesellschaft unter dem Einfluss der Corona-Pandemie durch Grundrechteeinschränkungen und Verteilungskämpfe in geradezu dystopischer Weise verändert.

## **Wirtschaftseinbruch und soziale Verwerfungen**

Die Weltwirtschaft ist durch die Corona-Krise in die tiefste Krise seit dem Zweiten Weltkrieg geraten. Der Weltbank zufolge übertrifft sie die Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008/2009 um das Dreifache. Dies trifft die Bundesrepublik Deutschland mit seiner stark exportabhängigen Wirtschaft in besonders hohem Maße und verschärft die ohnehin schon bestehenden strukturellen Probleme der Industrieproduktion, verursacht durch die Anforderung eines ökologischen Umbaus. Es ist mit einem tiefen und länger anhaltenden Einbruch der Wirtschaft und mit stark ansteigenden Arbeitslosenzahlen zu rechnen. Betroffen sind nicht nur das verarbeitende Gewerbe, wo enorme Einbrüche zu verzeichnen sind, sondern auch zahlreiche Dienstleistungen – insbesondere im Bereich der Gastronomie und des Tourismus. Wegen der hohen Zahl der Kurzarbeiter lässt sich das Ausmaß der Arbeitslosigkeit zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur schwer einschätzen. Perspektivisch muss mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit auf fünf bis sechs Millionen gerechnet werden, was in etwa einer Verdopplung der gegenwärtigen Zahlen entspräche.

Für 2020 rechnet der Sachverständigenrat mit einem Rückgang des BIP um 6,5 Prozent und einem Anstieg in 2021 um 4,9 Prozent. Einzelne Institute sind skeptischer. So geht das DIW von einem Rückgang von 9,4 Prozent und einem Anstieg im nächsten Jahr von 3 Prozent aus. Von einer schnellen Erholung spricht niemand mehr. Diese in der Tat dramatische Entwicklung hat die Bundesregierung dazu gezwungen, umfangreiche Konjunkturprogramme aufzulegen und die Schuldenbremse wenigstens zeitweise außer Kraft zu setzen. Das neoliberale Modell ist brüchig geworden, lebt aber politisch weiter.

## **Krise des Neoliberalismus**

Die politischen Reaktionen der Bundesregierung zeichnen sich dadurch aus, dass sie trotz zeitweiliger Suspendierung von Elementen neoliberaler Politik wie etwa der Schuldenbremse an ihrem neoliberalen Kurs festhält. Die Mehrwertsteuersenkung, über die sich vor allem Menschen mit hohen Vermögen freuen, statt einer Vermögensabgabe. Neun Milliarden Euro zur Rettung der Lufthansa, ohne dies an unternehmerische Entscheidungen zu knüpfen oder in Eigentumsrechte einzugreifen. In den Schulen müssten mindestens 100.000 neue Lehrer eingestellt werden. Stattdessen wurde in einigen Bundesländern eine Maskenpflicht im Unterricht angeordnet. Statt Arbeitszeitverkürzung und Personalaufbau im Gesundheitswesen wird so weitergemacht wie vor der Pandemie. Die Busse und Bahnen sind so voll, dass der Schutz vor Ansteckung nur mit Maske gewährleistet werden kann. An die Stelle der gesellschaftlichen Verantwortung tritt die individuelle Verantwortung. Jeder ist für sich allein verantwortlich. Und an der bisherigen völlig unzureichenden Ausstattung der Daseinsvorsorge ändert sich nichts.

Der Kapitalismus, der die Politik in der Bundesrepublik in den letzten 30 Jahren geprägt hat, war ein Kapitalismus in seiner verschärften, neoliberalen Variante. Deregulierung, Flexibilisierung, Privatisierung haben unsere Gesellschaft nachhaltig verändert. Es war ein Klassenprojekt, das die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften brechen und die sozialstaatlichen Errungenschaften der Nachkriegsära zerstören sollte. Diese Politik vollzog sich in drei Phasen: Die erste Phase brachte Mitte der 90er Jahre die konservative Regierung unter Helmut Kohl auf den Weg. Die zweite Phase markiert den neoliberalen Umbau der Gesellschaft unter dem Sozialdemokraten Gerhard Schröder. Die gegenwärtig dritte Phase geht mit dem Aufstieg extrem rechter, neofaschistischer Parteien einher.

Gleichzeitig haben sich diese Entwicklungen nicht widerspruchsfrei vollzogen, sondern vielfach in den Köpfen der Menschen zu ideologischen Brüchen geführt. Die Verheißungen des Neoliberalismus haben sich nicht erfüllt. Privatisierungen, Sozialkürzungen und Liberalisierungen haben die Gesellschaft nicht gerechter oder freier, die Umwelt nicht gesünder und die Welt nicht friedlicher gemacht. Corona hat ideologische Bruchstellen bis weit ins bürgerliche Milieu verursacht: Privatisierungen, Personalbemessung in der Pflege, Lehrermangel, ein nur dürftig ausgestatteter ÖPNV, selbst die Schuldenbremse wurde von konservativer Seite öffentlich in Frage gestellt. Der Neoliberalismus mag als Ideologie in der Krise sein, als Politikmuster zum Schutz kapitalistischer Interessen und zur Aufrechterhaltung der Verteilungsungerechtigkeit lebt er weiter und wird zum Treibstoff der zu erwartenden Verteilungskämpfe um die Frage, wer für diese Krise zahlt.

DIE LINKE darf nicht der Illusion vom Ende des Neoliberalismus aufsitzen, sondern sollte darauf vorbereitet sein, dass sich Politikmuster zum neoliberalen und autoritären Umbau der Gesellschaft miteinander verbinden, um die Umverteilungsoffensive des Kapitals in verschärfter Form zu führen.

### Politische Kräfteverhältnisse

Gesellschaftliche Veränderung muss mit der Veränderung politischer Kräfteverhältnisse einhergehen. Diese sind gegenwärtig dadurch bestimmt, dass nicht die oppositionellen Kräfte erstarken, sondern die Exekutive. Widerstandslos wurden unter dem Eindruck der Corona-Pandemie die allgemeine Handlungsfreiheit und das Versammlungsrecht eingeschränkt, Notparlamente eingerichtet und das Föderalismusprinzip zum „Stress-test“ erklärt. Dies geschah auf der Basis hoher Zustimmungswerte und im weitgehenden Einvernehmen aller im Bundestag vertretenden Parteien. Laut aktuellem Deutschlandtrend haben sich diese Zustimmungswerte mittlerweile jedoch verändert. Während weite Teile der Bevölkerung den Regierungskurs nach einer Absage von Karnevalsfeiern und Weihnachtsmärkten unterstützen, wächst die Unzufriedenheit mit der Maskenpflicht. Am Arbeitsplatz und in der Schule wird sie inzwischen mehrheitlich abgelehnt. (Deutschlandtrend, 04.09.2020).

Von der gegenwärtigen Situation profitiert von den Regierungsparteien allein die Union. Die hohen Zufriedenheitswerte mit der Arbeit der Bundesregierung gehen klar auf das Konto von CDU/ CSU, der ein hoher Sachverstand bei der Bewältigung der Corona-Pandemie zugeschrieben wird. 60 Prozent der Bevölkerung trauen ihr laut aktuellem Deutschlandtrend zu, „*Deutschland durch die Pandemie zu führen.*“ Mit 36 Prozent bleibt sie stärkste Kraft. Nach 16 Jahren Merkel steht die Union aber vor einem personellen Umbruch, der zum Ausdruck von politischen Richtungsentscheidungen wird. Die Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer, die politisch blass blieb, aber für eine Fortsetzung von Merkels Liberalisierungskurs steht, konnte die Partei nicht hinter sich versammeln. Die Neoliberalen Friedrich Merz und Norbert Röttgen bilden dazu den Gegenpol, aber es ist unklar, ob sich einer von ihnen mit diesem Kurs durchsetzen kann. CSU-Chef Markus Söder hatte sich in der Krise einen Namen als „*knallharter Corona-Manager*“ und „*Seuchen-Sheriff*“ gemacht hat. Die bayrische Test-Panne, die zehntausende Bürger auf ihre Testergebnisse hatte warten lassen, hatte dieses Bild jedoch zumindest angekratzt. In Anbetracht der aktuellen Pandemiesituation, in der zwar die Infektionszahlen wieder steigen, aber die Kurve der schweren Verläufe flach bleibt, scheint Söder innerhalb des bürgerlichen Lagers an Sympathie einzubüßen: „*Erst vor wenigen Tagen verkündete er, dass er die ‚Zügel‘ nun wieder anziehen müsse. Man wusste allerdings nicht recht, ob Söder das Virus oder die Bevölkerung für sein Pferd hält.*“ (NZZ, 05.09.2020) Dennoch können sich gegenwärtig 56 Prozent der Bundesbürger und 75 Prozent der Unions-Anhänger Söder als nächsten Kanzlerkandidaten vorstellen. Ihm gegenüber steht der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet, der sehr früh vor einer zu starken Einschränkung der Grundrechte gewarnt hatte. Bereits Ende März hatte er gesagt: „*Der Satz, es sei zu früh, über eine Exit-Strategie nachzudenken, ist falsch.*“ (NZZ) Der Kurs von Laschet und dessen Kandidatur wird von Gesundheitsminister Jens Spahn unterstützt. Einigkeit scheint jedoch darüber zu bestehen, dass sich die Union in der Krise pragmatisch verhält und Hilfsprogramme auf den Weg bringt, ohne dabei ihren grundsätzlichen neoliberalen Kurs aufzugeben. Das war schon in der Krise 2008/2009 so.

Die SPD liegt im aktuellen Deutschlandtrend bei 17 Prozent, kommt aber im Großen und Ganzen politisch nur schwer vom Fleck. Obwohl auch sie Teil des Corona-Krisenmanagements ist und Olaf Scholz dabei eine wahrnehmbare Rolle spielt, gelingt es ihr nur schwer, an der Krise zu wachsen. Seit der Festlegung auf Olaf Scholz als Kanzlerkandidaten scheint der Rückhalt in der Bevölkerung stärker zu werden. Aktuell sagen 55 Prozent der Bundesbürger, der Finanzminister sei ein guter Kanzlerkandidat. Das sind elf Prozentpunkte mehr als im August. Unter den SPD-Anhängern sagen das sogar 77 Prozent. Gleichzeitig zeigen die Wahl der Parteilinken Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans für den Vorsitz der Partei und die Aufstellung des Seeheimers Olaf Scholz zum Kanzlerkandidaten den Kampf um die innerparteilichen Kräfteverhältnisse. Dieser war auch schon bei der No-GroKo-Kampagne, angeführt vom Chef der Jungsozialisten Kevin Kühnert, deutlich geworden. Die Parteilinken hatten diese Kampagne zwar verloren, sich aber bei der Wahl der Vorsitzenden behaupten können. Die SPD ist mit ihrer neuen Führung nach links gerückt, bewegt sich weg von der Agenda 2010 und tritt für umfangreiche öffentliche Investitionen ein. Zweifel bestehen allerdings, ob der neu gekürte

Kanzlerkandidat Olaf Scholz, ein Verfechter neoliberaler Politik, sich in ein linkes Programm einbinden lässt. Auszuschließen ist das nicht.

Die Grünen haben etwas eingebüßt, sind aber zweitstärkste Kraft. Die Auftritte der Vorsitzenden Annalena Baerbock und Robert Habeck sind beachtenswert. Die soziale Frage spielt durchaus eine Rolle. Sie kritisieren die Große Koalition dafür, dass sie „auf Sicht fahre“ und fordern ein „entschlossenes Krisenmanagement“. „Die Politik in der Pandemie muss deshalb ein soziales Versprechen abgeben, sie muss eine Perspektive aufzeigen, dass das Versprechen gleicher Chancen gilt, dass Lernorte gestärkt, dass Menschen ohne Existenzangst durch die Krise kommen können, dass öffentliche Daseinsvorsorge eine funktionierende Gesundheitsversorgung für alle Menschen umfasst, die digitale Versorgung garantiert wird und kulturelles Leben wieder möglich ist“, heißt es. Mit der Gründung eines Gewerkschaftsrates und ihren Kontakten zu *Fridays for Future* bemühen sie sich um Kontakte zu den Gewerkschaften und soziale Bewegungen. Politisch halten sie alles offen, sowohl eine schwarz-grüne als auch rot-rot-grüne Option. Dennoch ist die politische Richtungsentscheidung der Grünen seit der Wahl von Baerbock und Habeck eigentlich getroffen. Programmatisch setzen sie auf ökologische Modernisierung und fordern entsprechende öffentliche Programme, ohne den Marktmechanismus und die kapitalistische Entwicklung insgesamt in Frage zu stellen.

Die FDP, die neben der AfD zum Hauptprofiteur der durch die sogenannte Flüchtlingskrise eingetretenen innenpolitischen Stimmungswende wurde und 2017 mit 10,7 Prozent in den Bundestag eingezogen war, ist auf sechs Prozent abgestürzt. Die öffentlich inszenierte personelle Neuaufstellung durch die Auswechslung der Generalsekretärin Linda Teuteberg durch den rheinland-pfälzischen Wirtschaftsminister Volker Wissing ist möglicherweise auch ein Signal an eine rot-gelb-grüne Regierungsoption. Das ist vermutlich nicht zuletzt auch eine Reaktion auf die zurückgehenden Sympathiewerte infolge der Wahl von Thomas Kemmerich zum thüringischen Ministerpräsidenten. Die Wahl und die zögerlichen Reaktionen von Parteichef Christian Lindner hatten vor allem gezeigt, wie sehr der nationalliberale Flügel innerhalb der FDP nach rechts offen und zu Tabubrüchen bereit ist.

Die AfD ist nach einer aktuellen Forsa-Umfrage auf nur noch acht Prozent abgerutscht. Sie schafft es nicht, von der gegenwärtigen Krisensituation zu profitieren, was daran liegt, dass die Partei keine konsistente und einheitliche Position zur Pandemie entwickelt hat. So hatte die Fraktionsvorsitzende Alice Weidel am 12. März auf Twitter den Lockdown gefordert, weil sich im Unterschied zu allen anderen Ländern nur in Deutschland das Virus ungehindert ausbreiten könne. Und wenig später im April forderte sie, die Wirtschaft sofort hochzufahren und die Gastronomie wieder zu öffnen. Dieser politische Zick-Zack-Kurs schadete der Partei. „...die persönliche Sorge um Gesundheit und wirtschaftliche Existenz (ist) zu groß, um sich auf populistische Experimente einzulassen“, schreibt die *taz* (*taz*, 14.08.2020). Der Rauswurf von Andreas Kalbitz und weitere Austritte einzelner Abgeordneter aus der Bundestagsfraktion spiegeln den innerparteilichen Machtkampf um die politische Ausrichtung und Radikalisierung der Partei in der aktuellen Krisensituation wider. Auch die Reaktion der Partei auf die Corona-Proteste ist ambivalent. Während Parteichef Jörg Meuthen den Teilnehmern riet, sich auf ihren „Geisteszustand überprüfen (zu) lassen“, begrüßte sein Co-Chef Tino Chrupalla die Demonstrationen. Bemerkenswert ist die Offenheit von Teilen der CDU zur AfD. So kommt es auf regionaler Ebene trotz eines anderslautenden Grundsatzbeschlusses der CDU durchaus zur Zusammenarbeit mit der AfD wie kürzlich in Berlin Reinickendorf, wo die CDU mit den Stimmen der AfD ein Kopftuchverbot für Schülerinnen bis einschließlich Klasse sechs durchsetzte.

Die Pandemie hat die politischen Kräfteverhältnisse verändert. Die CDU sitzt stabiler im Sattel denn je. Die Bereitschaft zur Zusammenarbeit auf Seiten der CDU und FDP mit der AfD wird immer wieder sichtbar, steht aber in der Öffentlichkeit in der Kritik. Die Grünen sind inzwischen zweitstärkste Kraft. Ihre Umfragewerte entsprechen denen, die SPD und LINKE zusammen aufweisen. Der Linksruck innerhalb der SPD ist wahrnehmbar, aber mit der Wahl von Olaf Scholz zumindest ambivalent. DIE LINKE reagiert zurückhaltend. Die Maßnahmen der Bundesregierung werden nicht kritisiert. Die Einschränkung der Grundrechte wird kaum zum Thema gemacht. Stattdessen drängen Teile der Partei auf eine Regierungsbeteiligung mit SPD und Grünen - eine Koalitionsoption, der es an einer politischen und gegenwärtig auch an einer realen Grundlage fehlt.

## Regierungsbeteiligung ist nicht der Ausweg

Ein Blick auf die Umfragewerte und die politischen Kräfteverhältnisse zeigt deutlich: ein linkes Regierungsbündnis unter Beteiligung von SPD, LINKEN und Grünen ist ausgesprochen unwahrscheinlich ist. Natürlich sind Umfragen volatil und können sich schnell ändern. Sie sind dennoch ein Hinweis auf die gegenwärtigen Kräfteverhältnisse. Bei allen rot-rot-grünen Träumereien sollte zur Kenntnis genommen werden, dass DIE LINKE und SPD zusammen auf nur wenig über 20 Prozent kommen.

Wer Rot-Rot-Grün im Bund will, der muss zudem darlegen, wofür ein solches Regierungsbündnis in seiner Gesamtheit stehen soll, welche Rolle DIE LINKE dabei spielen soll und was dafür getan werden muss. 1998 hatten die Antikohl-Protteste im Vorfeld der Wahl dem gesellschaftlichen Frust eine linke Richtung gegeben. Rot-Grün stand für die Hoffnung auf Veränderung. Heute stehen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit dem Rücken zur Wand. Gegenwärtig ist von einer Wechselstimmung wenig zu spüren. Die Frage ist daher, wie kann eine gesellschaftliche Stimmung erzeugt werden, in der ein linkes Regierungsprojekt zum Ausdruck gesellschaftlicher Hoffnung wird?

Bei den Überlegungen für eine alternative Regierungskoalition spielen nicht nur die Umfragewerte eine Rolle, sondern vor allem die politischen Inhalte. In Fragen der ökologischen Modernisierung ergeben sich im Hinblick auf öffentliche Investitionsprogramme durchaus Schnittmengen zwischen Linken, Grünen und Sozialdemokraten. Bei der Sozialpolitik dürften die Differenzen größer sein. Dennoch scheint eine inhaltliche Verständigung bei der Sozial- und Wirtschaftspolitik möglich. Anders sieht es bei der Außenpolitik aus. Hier sind die Unterschiede grundsätzlicher Natur. DIE LINKE steht für ein kompromissloses Eintreten für Frieden und Abrüstung. Dazu gehören die Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr und die Auflösung der NATO zugunsten eines neuen kollektiven Sicherheitssystems unter Einschluss Russlands. Es gibt Anlass zur Sorge, dass es diesbezüglich Aufweichungstendenzen gibt, um das angestrebte Regierungsbündnis zu ermöglichen.

Auch wenn sich die Grünen auf einen möglichen Koalitionspartner nicht festlegen wollen, verdichtet sich das Bild, dass sie ihr Projekt der ökologischen Modernisierung eher mit der Union realisieren wollen. Ob es tatsächlich dazu kommt, wird auch davon abhängen, wer Angela Merkel beerben wird. Der ultraneoliberale Friedrich Merz dürfte für die Grünen eher ein Problem werden. Für ein rot-rot-grünes Bündnis wiederum gibt es erhebliche außenpolitische Differenzen zwischen der LINKEN auf der einen und Grünen wie SPD auf der anderen Seite. Sowohl die Grünen als auch die SPD bleiben trotz aller Kritik am US-Präsidenten Donald Trump im Fahrwasser der US-amerikanischen Politik. Dies gilt für das Verhältnis sowohl zu Russland als auch zu China. Während DIE LINKE sich um ein differenziertes Bild zu China bemüht und für ein neues kollektives Sicherheitssystem unter Einschluss Russlands wirbt, unterstützen SPD und Grüne die Stigmatisierung Chinas und die Sanktionspolitik gegenüber Russland. Für eine neue und dringend notwendige Abrüstungs- und Entspannungspolitik sind beide nicht zu haben. Eine durchaus mögliche Verständigung in der Sozial- und Wirtschaftspolitik könnte also an der Außenpolitik scheitern.

## Soziale Bewegungen und Gewerkschaften

Die Analyse der politischen Kräfteverhältnisse darf bei den politischen Parteien nicht stehen bleiben. Gewerkschaften und soziale Bewegungen spielen dabei ebenso eine Rolle wie das gesellschaftlich-politische Klima. Relevante soziale Bewegungen sind die Klimabewegung, insbesondere *Fridays for Future*, sowie die Unterstützung für Migranten und Geflüchtete, die in *Seebrücke* und *unteilbar* ihren Ausdruck fanden. Auch wenn sie gegenwärtig in der Öffentlichkeit weniger wahrnehmbar sind, bleiben sie wichtig und müssen Bezugspunkt für politische Veränderung sein.

Festgehalten werden muss: Corona hat die Kräfteverhältnisse verändert und das nicht zu Gunsten der abhängig Beschäftigten. Massenentlassungen und Kurzarbeit in der Metall- und Elektroindustrie, in der Gastronomie oder im Einzelhandel läuten die vor uns liegenden Verteilungskämpfe ein. Die allgegenwärtige Angst vor dem Virus und die Einschränkung der Grundrechte werden es den Gewerkschaften schwerer machen, dagegenzuhalten. Das gilt auch für die kommenden Tarifrunden. DIE LINKE muss hier ihre Rolle an der Seite der Gewerkschaften definieren. Das gilt nicht nur für die Pflege, die Gastronomie oder den Einzelhandel,

sondern auch für die Metall- und Elektroindustrie, wo konkrete Konversionskonzepte und Transformationsimpulse Argumente für die Beschäftigten sein können, warum es sich lohnen kann, um ihre betrieblichen Standorte zu kämpfen.

Eine zentrale Rolle wird die Tarifaueinandersetzung im öffentlichen Dienst spielen. Mit ihr werden die Verteilungskämpfe beginnen. Gleichzeitig werden hier die Widersprüche des neoliberalen „Weiter so“ der Bundesregierung sichtbar. Während noch vor Wochen die Krankenschwestern, Müllmänner und Erzieherinnen und Erzieher als systemrelevant galten und dafür beklatscht wurden, dass sie unter einem erheblichen Infektionsrisiko unsere medizinische Versorgung sichergestellt, unseren Müll abtransportiert und unsere Kinder in Notfallbetreuungen beherbergt haben, sollen sie nun „*Augenmaß*“ und die Bereitschaft zum Verzicht üben.

Gleichzeitig ist die Tarifrunde im öffentlichen Dienst nicht einfach nur eine Tarifaueinandersetzung. Verhandelt wird mit dem Bundesinnenminister und auf der kommunalen Ebene mit Bürgermeisterinnen und Kämmerern. Als politisch gewählte Vertreterinnen und Vertreter müssen sie erklären, warum sie von den Beschäftigten Verzicht fordern, während sie bei der Einführung der Vermögensabgabe passiv bleiben. Die Tarifrunde im öffentlichen Dienst zeigt, dass sich gesellschaftliche Auseinandersetzungen zuspitzen und die vor uns liegenden Verteilungskämpfe unerbittlicher werden. Schon seit längerem fordern Arbeitgeber mit der sogenannten Sozialgarantie eine Festschreibung der Sozialbeiträge auf 40 Prozent - und das obwohl sie nach eigenen Berechnungen davon ausgehen, dass die Sozialbeiträge auf 50 Prozent steigen müssten, um die Krisenkosten stabil zu finanzieren. (Bericht BDA-Kommission, 13.08.2020) Und Annegret Kramp-Karrenbauer hatte bereits im Herbst 2019, also deutlich vor der Corona-Pandemie, öffentlich eine „*Reformagenda 2020*“ angemahnt, weil die Sozialsysteme an die „*Grenzen des Möglichen und Machbaren*“ gekommen seien.

Die Auseinandersetzung im öffentlichen Dienst ist deutlich mehr als eine Tarifrunde. Sie wird zum Auftakt für weitere Auseinandersetzungen um Verteilungsgerechtigkeit werden. Nicht nur das Tarifergebnis, sondern vor allem die Art wie diese Auseinandersetzung geführt werden wird, entscheidet über Niveau, Stimmung und Erfolg weiterer Auseinandersetzungen. Kämpfen heute die Beschäftigten im öffentlichen Dienst für sich allein, dann tun es morgen die Beschäftigten von Karstadt auch, übermorgen die Kollegen der Automobilzulieferer und in der nächsten Woche die Busfahrer, Zugbegleiter und Service-Mitarbeiter im ÖPNV.

DIE LINKE muss ihren Beitrag dazu leisten, an der Seite der Gewerkschaften aus der Tarifrunde eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung um Verteilungsgerechtigkeit und um die Frage, was uns öffentliche Daseinsvorsorge wert sind, zu machen. Sie kann aber darüber hinaus auch zum Organisator breit aufgestellter Antikrisen-Bündnisse werden, die uns und unseren Bündnispartnern eine politische Infrastruktur schaffen und uns in die Lage versetzen, die anstehenden Verteilungskämpfe gemeinsam zu führen. Gleichzeitig sitzen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister mit LINKEM Parteibuch nicht nur im Präsidium und den Fachausschüssen des Städtetages, sondern sind in der anstehenden Tarifrunde in der Rolle der Arbeitgeber. Ohne ihre Einbindung in eine Strategie der Partei, die zeigt, dass es einen Unterschied macht, einen linken Bürgermeister zu haben, läuft DIE LINKE Gefahr, unglaubwürdig zu werden.

### **Vier-Tage-Woche**

Wie sehr sich die Gewerkschaften in der Defensive befinden, drückt sich paradoxerweise im Vorschlag der IG Metall nach der Einführung einer Vier-Tage-Woche aus. Denn fraglos stellt die Verkürzung der Arbeitszeit angesichts erheblicher Beschäftigungsrückgänge und drohender Massenarbeitslosigkeit eine zentrale Maßnahme dar. Doch der Vorschlag ist wesentlich Reaktion auf die Krise. Im Unterschied dazu war die Auseinandersetzung um die 35-Stunden-Woche Mitte der 80er Jahre mit einer gesellschaftlichen Offensive verbunden, die die Interessen der Lohnabhängigen und eine Veränderung der Gesellschaft und ihrer Kultur in den Vordergrund stellte. Der Vorstoß in Richtung Vier-Tage-Woche ist geeignet, die gesellschaftliche Diskussion darüber zu intensivieren, wie die Folgen der Krise aufgefangen werden können. Doch da angesichts der gesellschaftlichen Bedingungen ein vollständiger Lohnausgleich praktisch ausgeschlossen ist, wird dies - wenn überhaupt - nur für den Teil der noch einigermaßen gut Verdienenden akzeptabel sein. Es ist vielmehr zu

befürchten, dass dies Bestandteil eines „Concession bargaining“ sein wird, also des Verzichts auf weitergehende Forderungen, um damit Arbeitsplätze zu sichern.

Bernd Riexinger hat nun einen konzeptionellen Vorschlag zur Konkretisierung der Forderung nach einer Vier-Tage-Woche bzw. einer 30-Stunden-Woche vorgelegt. Darin wird der volle Lohnausgleich gefordert und die Forderung selbst mit einer gesellschaftlichen Offensive zur Veränderung der Arbeits- und Lebenskultur verbunden. Das ist im Grundsatz richtig. Doch offen bleibt, wie dies angesichts der gesellschaftlich-politischen Situation umgesetzt werden soll. Stattdessen wird an die Gewerkschaften appelliert, ohne zu berücksichtigen wie sehr sie sich in einer Defensivposition befinden und mit Abwehrkämpfen befasst sein werden. Die Voraussetzungen für die geforderte gesellschaftliche Offensive sind also denkbar schlecht.

Ohne Zweifel ist gerade auch in einer schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Situation eine offensive Interessenpolitik im Interesse der Lohnabhängigen geboten, doch ist fraglich, ob die radikalisierte Forderung einer drastischen Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich das geeignete Mittel ist und eine entsprechende Akzeptanz bei den Lohnabhängigen und darüber hinaus in der Gesellschaft findet. Der Kampf um die 35-Stunden-Woche in den 80er Jahren hatte unter ungleich besseren ökonomischen Bedingungen stattgefunden und wurde zugleich von einer breiten gesellschaftlichen Diskussion über die Frage, wie wir leben wollen, getragen - und doch musste sie in einer harten Klassenauseinandersetzung mit einem sechs Wochen andauernden Streik mühsam durchgesetzt werden.

Diese Bedingungen sind heute nicht gegeben. Ohne jeden Zweifel ist die Initiative für eine gesellschaftspolitische Diskussion um kürzere Arbeitszeiten zu unterstützen. Doch dazu bedarf es einer offensiven gesellschaftlichen Diskussion und nicht des Überstülpens von fertigen Konzepten. Seitens der Linken ist es notwendig, dass sie in den aktuellen Auseinandersetzungen diejenigen unterstützt, die für eine offensive Interessenpolitik eintreten.

## **Corona-Proteste**

Die Einschätzung der Kräfteverhältnisse muss auch die aktuellen Corona-Proteste in den Blick nehmen. Sie sind *„als Symptom für eine extreme Entfremdung großer Teile der Bevölkerung von sämtlichen gesellschaftlichen Institutionen (zu) verstehen“*, analysiert der Berliner Protestforscher Peter Ullrich (Berliner Zeitung, 28.08.2020 ) Nach der Finanzkrise über die Zuwanderung und den Aufstieg der extremen Rechten wird Corona als inzwischen vierte Krise wahrgenommen. Sie geht mit dem Verlust sozialstaatlicher Gewissheiten einher und wird als existentiell bedrohlich empfunden. Das hat eine gesellschaftliche Stimmung des Misstrauens geschaffen, in der man den Medien eine objektive Berichterstattung nicht mehr zutraut und von den politischen Eliten eine Verbesserung der eigenen Lage nicht mehr erwartet.

Doch die Corona-Proteste sind keine progressive, sondern eine beginnende faschistische Bewegung. Sie haben eine rechte Grundausrichtung und werden organisatorisch und infrastrukturell durch rechte Gruppierungen abgestützt. Sie zeigen die Bereitschaft krisengeschüttelter Mittelschichten zur Zusammenarbeit mit rechten Gruppierungen. Der Philosoph Umberto Eco beschreibt die *„Ideologie des Faschismus“* als *„eine Col-lage aus verschiedenen politischen Ideen, ein Bienenkorb voller Widersprüche.“* Die Corona-Proteste sammeln Impfgegner, Esoteriker, politisch Entwurzelte, Reichsbürger, Prepper, Pegida-Anhänger und Neofaschisten ein. Für die rechten Gruppierungen ist es ein willkommener Anlass, das politische System weiter zu destabilisieren und darüber ihre rechte Sammlungsbewegung aufzubauen. Sie versuchen an ein tiefsitzendes Gefühl der Ungerechtigkeit und des Scheiterns anzuknüpfen. Ein Gefühl, das sich im Lockdown zuspitzte, als unter den Appellen zur gegenseitigen Rücksichtnahme viele Menschen die Erfahrung rücksichtsloser Individualisierung machten und der einzelne auf sich selbst zurückgeworfen wurde.

Die ideologischen Brüche neoliberaler Politik und das Misstrauen gegenüber wirtschaftlichen und politischen Eliten sind zwei Seiten einer Medaille. Der Wunsch, dieses Misstrauen und die eigene Unzufriedenheit politisch auszudrücken, ist bei einigen inzwischen offenbar größer als das Bedürfnis, sich nach rechts abzugrenzen. Die Corona-Proteste sind eine rückschrittliche Bewegung, die keinerlei klassenpolitische Forderungen enthält, aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sie der tief sitzenden gesellschaftlichen Frustration eine

Richtung geben. Der aktuelle Deutschlandtrend zeigt, dass sie von der Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt werden. (Deutschlandtrend, 04.09.2020) Und doch zeigen die Proteste, dass sich die Qualität rechter Mobilisierungen seit dem Fanal von Chemnitz verändert hat und die Bewegung breiter geworden ist.

### **Grundrechtedebatte führen**

Der Lockdown war ein besorgniserregender Einschnitt in die bestehenden Grundrechte, der die Gesellschaft nachhaltig verändert hat. Die Erfahrung, dass ein zeitlich begrenztes Aussetzen dieser Rechte möglich ist, wird den politischen Diskurs der Bundesrepublik weiter bestimmen. Zwar sind die Maßnahmen inzwischen weitestgehend zurückgenommen. Doch die Diskussion über Sinn und Widersinn föderaler Zuständigkeit hält weiter an. Ebenso wie die Durchsetzung des Infektionsschutzgesetzes. Menschen, die der Maskenpflicht nur zeitweilig oder unzureichend nachkommen, werden ebenso kriminalisiert wie diejenigen, die zu dicht zusammenstehen. In den Zügen sollen die Zugbegleiter die Bußgelder für Verstöße gegen die Maskenpflicht eintreiben. Die Polizei hat bereits auf die Daten, die in Cafés und Restaurants gesammelt wurden, für strafrechtliche Ermittlungen zurückgegriffen. Betriebsversammlungen finden zum Teil nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen statt, weil Kolleginnen und Kollegen Angst vor Ansteckung haben. Viele Maßnahmen sind zurückgenommen worden - aber die Gesellschaft verändert sich in besorgniserregender Weise!

Dabei hat sich Rolle des Staates verändert. Statt sicherzustellen, dass gesellschaftlich Verantwortung zum Schutz und zur Absicherung aller übernommen wird, wird eine individuelle Verantwortung dafür dem Einzelnen übertragen und der Staat überwacht und kriminalisiert, wenn dieser Verantwortung nicht oder nur unzureichend nachgekommen wird. Es ist davon auszugehen, dass sich diese Rolle des Staates mit der zunehmenden Umverteilungsoffensive des Kapitals noch weiter verändern wird. Vor dem Hintergrund sich zuspitzender Verteilungskämpfe darf DIE LINKE die Einschränkung der Grundrechte nicht aus dem Blick verlieren oder diese gar, wie im Strategiepapier des „erweiterten Reformer\*innenkreises“, gutheißen, „solange dies verfassungskonform geschieht“. Gleichzeitig muss DIE LINKE wahrnehmen, dass Demonstrationen, die aus politischen Gründen verboten werden - wie die Corona-Proteste vom 29. August - auch zum Präzedenzfall werden können und sich irgendwann ebenso gegen Demonstrationen von Gewerkschaften oder linken sozialen Bewegungen richten können. In Frankreich war die von der CGT organisierte Demonstration gegen die Arbeitsmarktreform im Sommer 2016 zunächst verboten worden, was mit Terrorbekämpfung und dem verhängten Notstand begründet wurde.

### **Die Klasse zum Subjekt von Veränderung machen, nicht zum Objekt**

Die Idee einer verbindenden Klassenpolitik, die Orientierung auf Tarifrunden im Einzelhandel, in den Sozial- und Erziehungsdiensten oder der Pflege und nicht zuletzt das Konzept eines Neues Normalarbeitsverhältnis haben die strategische Diskussion der Partei in den letzten Jahren gestärkt. Viele Genossinnen und Genossen sind selbst gewerkschaftlich organisiert. Bei Streiks und gewerkschaftlichen Demonstrationen fehlt DIE LINKE nur selten. Und zum Selbstverständnis der Partei gehört die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften.

Und trotzdem muss sich die Klassenorientierung verstetigen und stärker noch als bisher zur kontinuierlichen politischen Praxis der Partei werden. Klassenorientierung ist die Betrachtung gesellschaftlicher Entwicklungen durch die Augen der Beschäftigten und die gezielte Verankerung in der Klasse, um Ideen und Diskussion zu beeinflussen. Der Flyer gegen prekäre Arbeitsbedingungen, die Soliadresse gegen die Betriebschließung und der Gewerkschafter im Parlament - all das gibt der LINKEN ein Gesicht, aber es führt nicht notwendigerweise zur Verankerung der Partei in der Klasse. Die Arbeitswelt ist ein kontinuierlicher Prozess, bei dem gemeinsam kooperiert und angepackt wird. Eine Partei, die sich in der Klasse verankern möchte, muss auch kulturell an diesen Erfahrungen anknüpfen. Das heißt, sie muss die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften kontinuierlich eingehen. Und sie darf im Streik nicht nur die Fahne hochhalten, sondern muss auch ihren Teil dazu beitragen. Eine zentrale Erfahrung im Betrieb ist, dass Kolleginnen und Kollegen miteinander kooperie-



ren und solidarisch sein müssen, weil es gemeinsam einfacher ist, Interessen und Forderungen durchzusetzen. Zur Klassenverankerung gehört darum auch, dass Solidarität nicht nur ein Appell ist, sondern wahrnehmbar zur Parteikultur gehört.

Gewerkschaftspolitik darf nicht ein beliebiges Feld neben den bildungspolitischen Anliegen, der Friedenspolitik, unserer antirassistischen Arbeit oder dem sozial-ökologischen Umbau sein. Durch die Augen der Beschäftigten betrachtet, gehören diese Themen untrennbar zusammen. Jeder Euro, der für Kriegseinsätze ausgegeben wird, der fehlt für sozial- und bildungspolitische Investitionen bis hin zu den Schuldächern, durch die es durchregnet. Rassistische Angriffe verhindern, dass die Auseinandersetzungen für mehr Geld zur Schließung der Schuldächer gemeinsam geführt werden. Und die Durchsetzung ökologischer Ziele, die so weitgehend sind, dass sie tatsächlich zur Verhinderung des Klimakollaps' beitragen, brauchen unsere bildungspolitischen Ideen ebenso wie gewerkschaftliche Verankerung und die antirassistische Solidarität untereinander. Klassenverankerung macht DIE LINKE handlungsfähig und verhilft linken Themen zu einer Durchsetzungsperspektive. Die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ist für eine linke Partei alternativlos.

Der strategische Vorstoß des „erweiterten Reformer\*innenkreises“ zur Regierungsbeteiligung zeigt, wie sehr fehlende Klassenorientierung zu falschen politischen Konsequenzen und einer falschen strategischen Ausrichtung führen kann. Es geht uns keinesfalls darum, linke Regierungsbeteiligungen im Grundsatz falsch zu finden. Wenn gesellschaftlicher Protest eine Dynamik bekommt und die herrschenden Klassen in die Defensive drängt, dann können linke Regierungsbündnisse mit einer starken außerparlamentarischen Verankerung Reformprojekte initialisieren. In einem solchen Falle wäre eine linke Regierungsbeteiligung Ausdruck veränderter linker Kräfteverhältnisse und das Mittel, die Klassenseinsetzung in den politischen Raum zu tragen. Die Erfahrung zeigt, dass die Orientierung auf rot-rot-grüne Regierungsbündnisse unter Vernachlässigung bestehender Kräfteverhältnisse politisch schnell fatal werden kann. Sie macht zudem nicht die Klasse zum Subjekt für gesellschaftliche Veränderung, sondern die Partei.

## **Über sozial-ökologischen Umbau wieder in die Offensive kommen**

Die beiden Parteivorsitzenden haben in diesem Jahr unabhängig voneinander zwei Flugschriften vorgelegt, in denen sie eine Positionsbestimmung für die Partei vornehmen. Darin fordern sie zu Recht, dass die aktuelle Situation Anlass für einen grundlegenden Politikwechsel sein müsste, insbesondere auch in der Wirtschaftspolitik - keine Privatisierungen, sondern Ausbau und Verbesserung der öffentlichen Dienstleistungen, und Programme für den strukturellen Umbau der Wirtschaft nach sozialen und ökologischen Kriterien mit Konzepten für eine neue Energie- und Mobilitätspolitik, also einen linken Green New Deal.

Die Forderung nach Konversion und Transformation darf sich jedoch nicht auf allgemeine Appelle für eine Mobilitätswende beschränken. Die Klimakrise, aber auch das Ausmaß der sozialen Krise sind das Ergebnis eines ungezügelter und allein auf Profit orientierten Wirtschaftens. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen, dass es der Markt ist, der den Planeten zugrunde richtet, ist die Demokratisierung ökonomischer Entscheidungsstrukturen notwendiger denn je. Mit dieser Forderung kann DIE LINKE die ideologischen Brüche nutzen, die nach dreißig Jahren Neoliberalismus in den Köpfen der Menschen entstanden sind, und die Idee der Wirtschaftsdemokratie mehrheitsfähig machen.

Wirtschaftsdemokratie ist als ganzheitliches Konzept zu verstehen, das auf die politische Steuerung der Wirtschaft unter wesentlicher Beteiligung der Produzenten zielt. Der zentrale Ansatzpunkt sind die Betriebe und die Unternehmen. Wirtschaftsdemokratische Konzepte können an der Mitbestimmung ansetzen, müssen aber ihre Defizite aufgreifen und eine tatsächliche Einflussnahme der Belegschaften auf die Unternehmenspolitik und Unternehmensprozesse ermöglichen. Eine über die Mitbestimmung hinausgehende Form der Beteiligung ist die Mitarbeiterbeteiligung, wodurch die Belegschaften Eigentümerrechte erlangen. Die Eigentumsfrage ist entscheidend. Denn die Eigentümer bestimmen die Politik.

Mitarbeiterbeteiligung im Sinne von Wirtschaftsdemokratie meint Wiederaneignung der durch die Arbeit geschaffenen Werte („Expropriation der Expropriateure“) und damit den Einfluss auf die Unternehmenspolitik. Dazu gehört auch die Frage, was und wie produziert werden soll. Dabei kann an die Erfahrungen der

*Arbeitskreise Alternative Produktion* der IG Metall in den 1980er Jahren angeknüpft werden. Es ging dabei vor allem um die Überführung von Rüstungsproduktion in zivile Produktion. Freilich gelang dies letztlich nicht, weil dem eben auch die Eigentumsverhältnisse entgegenstanden. Freilich können sich wirtschaftsdemokratische Ansätze nicht auf die Ebene von Betrieb und Unternehmen beschränken, sondern müssen in übergreifende Konzepte wie etwa der regionalen Strukturpolitik eingebettet werden. In diesem Zusammenhang bedarf es auch einer verstärkten Diskussion um die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten.

In der aktuellen Transformationsdiskussion kommt es also darauf an, den Aspekt der Wirtschaftsdemokratie zu stärken und das Was der Produktion mit dem Wie zu verknüpfen. DIE LINKE sollte sich die Frage stellen, wie sie diese betrieblichen Diskussionen, befördern, aufgreifen oder verstärken und wie sie den Kolleginnen und Kollegen, die diese Demokratisierung einfordern, den Rücken stärken kann. Ferner muss sich DIE LINKE stärker in den Betrieben verankern, denn die Transformationsdiskussionen entstehen im Betrieb, aber sie laufen auf betriebliche Modernisierungsstrategien hinaus, wenn sie nicht aufgegriffen, politisch verallgemeinert und mit betriebsübergreifenden Konzepten verbunden werden.

### **Schlussfolgerung**

Die Gründung der Linkspartei 2007 war eine historische Chance für die deutsche Linke, sich mit sozialistischen Positionen und Klassenverankerung links von der SPD zu platzieren. Die Chancen dafür standen nicht schlecht: Insbesondere die Gründung der *Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG)* war das Ergebnis eines Bruchs, den ein Teil der Arbeiterbewegung mit der Sozialdemokratie vollzogen und der zu einer gesellschaftlichen Aufbruchstimmung geführt hatte. Dabei war die WASG nicht nur Teil der Montagsdemonstrationen, sondern auch organisatorischer Ausdruck einer Kritik am rot-grünen Neoliberalismus, die der fortschrittlichste Teil der Gewerkschaftsbewegung formuliert hatte. Die WASG war Bezugspunkt für die neue und alte Friedensbewegung ebenso wie für diejenigen, die um ihren sozialen Abstieg fürchteten. Dabei wollte die WASG von Anfang an vor allem eines sein: eine wählbare Alternative zu den neoliberalen Parteien im Bundestag. Und doch hatte sie in der konkreten historischen Situation eine größere Bedeutung für die Gewerkschaften und war mehr Bewegungspartei, als man das für die LINKE heute feststellen kann.

Auf die Entstehungsgeschichte und die Erfahrungen der WASG zurückzublicken ist keineswegs Ausdruck politischer Nostalgie, sondern vielmehr Anlass zu fragen, was uns in dieser Zeit stark gemacht hat. Die WASG hatte den Bruch mit der SPD an der sozialen Frage vollzogen, an der Deregulierung des Arbeitsmarktes, der Disziplinierung der Belegschaften und der unwürdigen Drangsalierung von Menschen ohne Arbeit, kurz an den Angriffen auf die lang erkämpften Systeme sozialer Sicherung. Darin bestand unweigerlich ihre Stärke. Sie stellte und besetzte die soziale Frage, bot den Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben dadurch Orientierung, stärkte linken, kämpferischen Gewerkschaftern den Rücken und nahm in Gewerkschaft, Bewegung und später im Parlament die Perspektive der abhängig Beschäftigten ein. Diese Erfahrung zeigt: DIE LINKE darf nicht einfach nur Akteur in verschiedenen sozialen Bewegungen sein. Sie muss vielmehr den Anspruch haben, Bewegungen darauf zu orientieren, gesellschaftliche Entwicklungen durch die Brille der Lohnabhängigen zu betrachten. Der Diskurs über Klassenverankerung und Zusammenarbeit mit Gewerkschaften darf also nicht nur theoretischer Anspruch bleiben, sondern muss unter Einbeziehung der Analyse gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse zur Grundvoraussetzung unseres politischen Handelns werden.

Berlin, September 2020